

Fortbildungsveranstaltung

## „Auswirkungen von Drogenkonsum auf die Elternschaft, sowie das Kindschaftsverfahren“

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu unserem Bedauern müssen wir erneut die bereits auf Mittwoch, den 04.05.2022 verlegte o. g. Fortbildungsveranstaltung absagen, weil Herr Meyer-Deharde aus persönlichen Gründen nicht mehr als Referent zur Verfügung steht. Es war uns so kurzfristig leider nicht möglich, eine andere Referentin bzw. einen anderen Referenten für den Termin zu finden.

Wir haben jedoch für **Mittwoch, den 21.09.2022** Frau Dr. Liedtke als Referentin zu demselben Thema „**Auswirkungen von Drogenkonsum auf die Elternschaft, sowie das Kindschaftsverfahren**“ gewinnen können.

Suchterkrankungen stellen nicht nur im psychiatrischen und psychotherapeutischen Kontext eine besondere Herausforderung dar, sondern auch im Bereich von Kinderschutz und ambulanten sowie stationären Hilfen für Familien. Insbesondere der Konsum von synthetischen Drogen (wie z.B. Crystal Meth) nimmt seit Jahren stetig zu. Dazu kommt ein gestiegener Konsum an Substanzen mit Suchtpotenzial im Zuge der Corona-Pandemie. Der andauernde Konsum von Drogen führt sowohl zu körperlichen als auch psychischen Auswirkungen. Wenn es sich bei den konsumierenden Personen um Eltern von betreuungspflichtigen Kindern und Jugendlichen handelt, bringen diese Auswirkungen auch Beeinträchtigungen bei der Ausübung der Elternrolle mit sich. In der Folge müssen die Fachkräfte in den Bereichen von Kinderschutz, Jugendhilfe, aber auch im klinisch-therapeutischen Bereich Interventionen durchführen und/ oder Kindeswohlsichernde Entscheidungen treffen. Die Weiterbildung zielt darauf ab, für die damit verbundenen Besonderheiten in der Arbeit mit konsumierenden Eltern und deren Kindern zu sensibilisieren. Dabei stehen die Auswirkungen auf die elterliche Erziehungsfähigkeit und die Handlungsfolgen für die Fachkräfte im Mittelpunkt.

Die Veranstaltung richtet sich weiterhin an alle am familiengerichtlichen Verfahren professionell Beteiligte (Richter/innen, Rechtsanwält/e/innen, Sachverständige, Verfahrensbeistände, Umgangspfleger/innen und Mitarbeiter/innen des Jugendamtes, der Beratungsstellen sowie der Kitaträger, Schulen etc.).

**Referentin:** **Dr. Anne K. Liedtke**  
Institut für Rechtspsychologie & forensische Psychiatrie  
in Halle

**Termin:** Mittwoch, den 21.09.2022  
15.00 Uhr bis 18.00 Uhr  
Veranstaltung im **Onlineformat** (Zoom)

**Teilnehmerbeitrag:** 30,00 Euro

**Die bisher eingegangenen Teilnehmerbeiträge behalten Ihre Gültigkeit. Setzen Sie sich bitte per E-Mail mit uns in Verbindung, sofern Sie das nicht wünschen.**

Sollten Sie sich erstmalig zu der Fortbildungsveranstaltung anmelden, bitten wir bis zum **31.07.2022** um eine Rückmeldung per E-Mail oder Fax und die Überweisung des Teilnehmerbeitrages.

Im Namen der Mitglieder der Arbeitsgruppe  
mit freundlichen Grüßen

Ines Lubecki  
Richterin am Amtsgericht

Wichtige Hinweise:

Alle Teilnehmer erhalten ein Zertifikat über die Teilnahme an der Veranstaltung. Den Rechtsanwälten/innen wird am Ende der Veranstaltung ein Zertifikat über 3 Zeitstunden gemäß § 15 FAO erteilt.

Die Veranstaltung findet im **Onlineformat über Zoom** statt.  
Sie erhalten einige Tage vor der Veranstaltung den Zugangslink per E-Mail von der Koordinationsstelle Kinderschutz und Frühe Hilfen.  
Hierzu ist die Angabe Ihrer E-Mail-Adresse erforderlich.

## Anmeldung

### „Auswirkungen von Drogenkonsum auf die Elternschaft, sowie das Kindschaftsverfahren“

Termin am:  
21.09.2022

**Anmeldung** bitte bis zum **31.07.2022** an die

Koordinationsstelle Kinderschutz und Frühe Hilfen  
Lübecker Straße 32  
39124 Magdeburg per

E-Mail: [kima@jga.magdeburg.de](mailto:kima@jga.magdeburg.de)

FAX: 0391/ 540 2550

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse\*: \_\_\_\_\_

Profession\*: \_\_\_\_\_

Tel.\*: \_\_\_\_\_

Bitte unbedingt angeben:

E-Mail: \_\_\_\_\_

Bitte überweisen Sie den Teilnehmerbeitrag von **30,00 Euro** bis spätestens **31.07.2022** auf folgendes Konto:

**Stadtsparkasse Magdeburg**

**Kontoinhaber:** Landeshauptstadt Magdeburg

**IBAN:** DE02 8105 3272 0014 0001 01

**BIC:** NOLADE21MDG

**Verwendungszweck:** "KiFaK-Drogenkonsum" und Teilnehmername

Mit Buchung des Teilnehmerbeitrages erhalten Sie eine Anmeldebestätigung per E-Mail.

## Hinweise zur Datenverarbeitung

Diese Informationen und Hinweise gelten für die Datenverarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch:

**Verantwortlicher:** Landeshauptstadt Magdeburg - Der Oberbürgermeister – 39090 Magdeburg.

Amt/Fachbereich/: Koordinationsstelle Kinderschutz und Frühe Hilfen 51.37.01
Lübecker Straße 32, 39124 Magdeburg
<a href="http://www.magdeburg.de">www.magdeburg.de</a>
E-Mail-Adresse: <a href="mailto:kima@jga.magdeburg.de">kima@jga.magdeburg.de</a>

## Datenschutzbeauftragter

Die behördliche Datenschutzbeauftragte Kerstin Wagner ist unter: Landeshauptstadt Magdeburg; Datenschutzbeauftragte; 39090 Magdeburg oder per E-Mail unter: <a href="mailto:Datenschutzbeauftragter@stadt.magdeburg.de">Datenschutzbeauftragter@stadt.magdeburg.de</a> oder Tel.: +49 391 540-2531 zu erreichen.
--

## Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Die Erhebung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt für bzw. zum: Zwecke der Fortbildungsorganisation und -abwicklung: Bearbeitung der Anmeldung, Anmeldebestätigung, Rechnungsabwicklung, sowie der Ausstellung der Zertifikate
Die Verarbeitung Ihrer Daten erfolgt aufgrund Ihrer Einwilligung bzw. der folgenden Rechtsgrundlage: Ihre Daten werden auf Grundlage von Artikel 6 Abs. 1 Buchst. b DSGVO verarbeitet.

## Speicherdauer

Ihre personenbezogenen Daten werden für die Dauer der Fortbildungsabwicklung gespeichert und werden im Anschluss daran gelöscht.
--

## Empfänger der personenbezogenen Daten

- in den Bearbeitungsprozess einbezogene Verwaltungsstrukturen innerhalb der Landeshauptstadt Magdeburg
Eine Übermittlung der Daten an Dritte erfolgt grundsätzlich nur im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und rechtlichen Verpflichtungen. Wir speichern und verarbeiten die uns übermittelten bzw. bekanntgegebenen personenbezogenen Daten nur soweit es mit der Abwicklung der Fortbildungsveranstaltung im Zusammenhang steht. Eine Weitergabe erfolgt nur im minimal erforderlichen Umfang soweit es für die Durchführung der Veranstaltung notwendig ist, auf einer gesetzlichen Grundlage beruht oder ein berechtigtes Interesse besteht.
Eine Übermittlung an Empfänger in einem Drittland (außerhalb EU) erfolgt nicht.

## **Recht auf Auskunft**

Gemäß Art. 15 DSGVO haben Sie ein Recht auf Auskunft des Verantwortlichen, ob Sie betreffende personenbezogenen Daten verarbeitet werden. Ist dies der Fall, so haben Sie ein Recht auf Auskunft über diese Daten und Information zu den Verarbeitungszwecken; die Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden; die Empfänger oder Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre personenbezogenen Daten offengelegt worden sind oder werden; falls möglich die geplante Speicherdauer bzw. die Kriterien für die Festlegung der Dauer.

## **Recht auf Berichtigung**

Sie haben nach Art. 16 DSGVO das Recht, unverzüglich die Berichtigung fehlerhafter Sie betreffender personenbezogener Daten zu verlangen.

## **Recht auf Löschung**

Sie haben nach Art. 17 DSGVO das Recht, die Löschung Sie betreffender personenbezogener Daten zu verlangen, sofern die Voraussetzungen erfüllt sind und keine Ausschlussgründe (Art. 17 Abs. 3 DSGVO) vorliegen.

## **Recht auf Einschränkung**

Sie haben das Recht, vom Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DSGVO zu verlangen, sofern eine der darin genannten Voraussetzungen gegeben ist.

## **Recht auf Widerruf der Einwilligung**

Sofern die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a oder Art. 9 Abs. 2 Buchstabe a beruht (Einwilligung in die Datenverarbeitung), haben Sie das Recht, Ihre Einwilligung jederzeit für die Zukunft zu widerrufen.

## **Beschwerderecht**

Nach Art. 77 Abs. 1 DSGVO haben Sie das Recht, Beschwerde gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde zu erheben, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die Datenschutzgrundverordnung verstößt.

Den Landesbeauftragten für den Datenschutz in Sachsen-Anhalt erreichen Sie unter Postfach 1947, 39009 Magdeburg; Sitz: Leiterstraße 9 in 39104 Magdeburg.